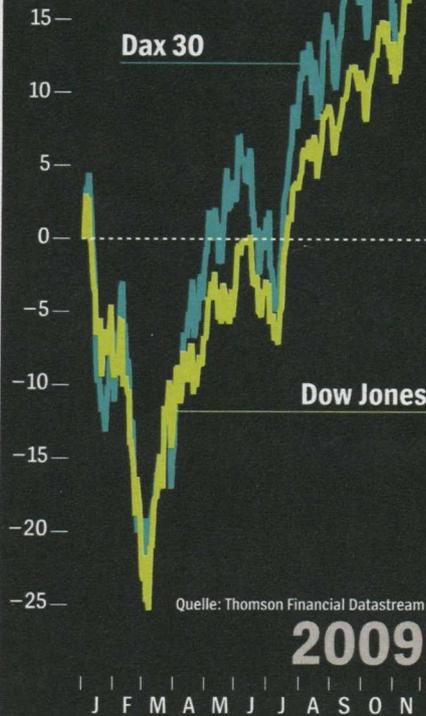




Börsenboom ...

Veränderung von Aktienindices
seit Jahresbeginn, in Prozent



... trotz Wirtschaftskollaps

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
gegenüber dem Vorjahr

Prognose: EU-Kommission

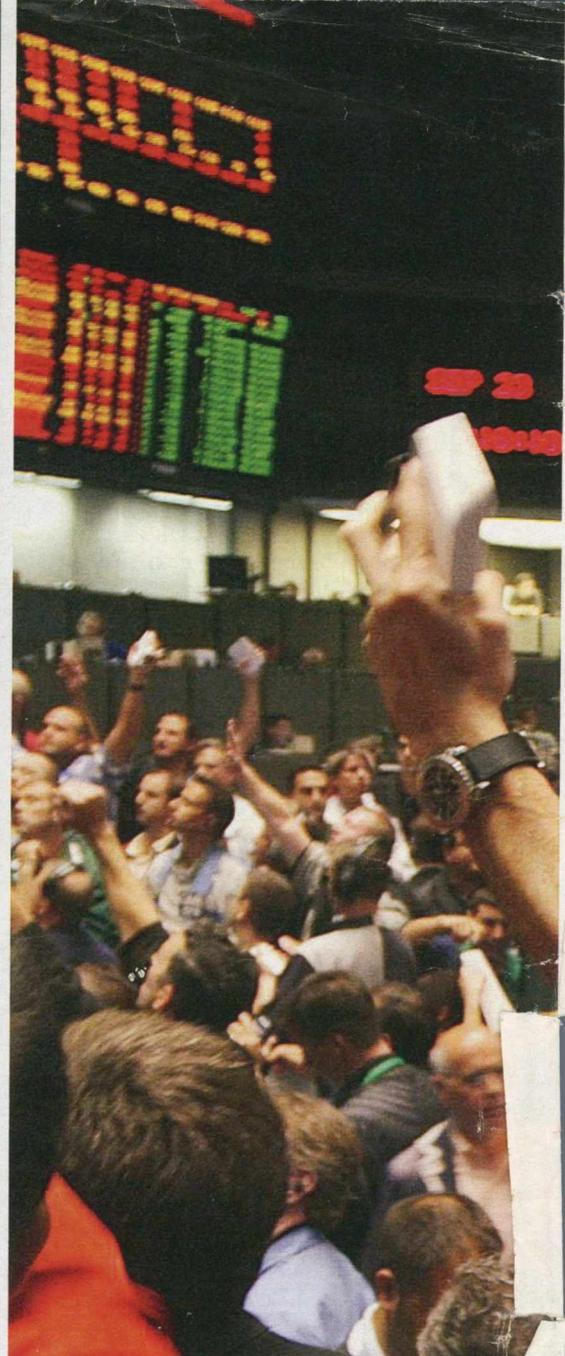
Deutsch-
land

-5%

USA

-2,5%

DER SPIEGEL



Wahnsinn 2.0

Mit einer exzessiven Geld- und Schuldenpolitik wollten die Regierungen in aller Welt die Krise bekämpfen – und haben so die Grundlage für die nächste geschaffen: An den Finanzmärkten hat sich schon wieder eine Spekulationsblase gebildet. Die Frage ist nicht, ob, sondern wann sie platzt.

Es gibt ein Leben nach dem Tod, zumindest für Berufsspekulanten. John Costas, 52, ist einer von denen, die wiederauferstanden sind.

Im ersten Leben nannte ihn die Finanzwelt ehrfürchtig „den Goldjungen“, denn seine Gewinnzahlen glänzten heller als die der Konkurrenz. Früher leitete er für die Schweizer Großbank UBS das Invest-

mentbanking und den hauseigenen Hedgefonds Dillion Read, exotische Finanzprodukte waren seine Spezialität.

Noch bevor in den Zeitungen das Wort Finanzkrise auftauchte, verwandelten sich seine Geldanlagen von exotisch in toxisch. Der UBS-Tochter fehlten plötzlich 350 Millionen Dollar, und sie hinterließ ein hochgiftiges Subprime-Portfolio in Höhe von

4,5 Milliarden Dollar. Die Schweizer Bank leidet noch heute unter den Folgen. Aus dem Goldjungen war ein Pleitier geworden. Costas verlor den Job.

Wer ihn in diesen Tagen im New Yorker Büro seiner neuen Firma PrinceRidge besucht, weiß nicht, was er mehr bewundern soll: den Ausblick auf das gegenüberliegende Rockefeller Center, den feinen



Terminbörse in Chicago

LUPI / EYEVINE / PICTURE PRESS

Marmorboden, die Kunstschätze an den Wänden, die rund 70 Mitarbeiter, die den Chef umschwirren, oder das Selbstbewusstsein, das Costas schon wieder ausstrahlt.

Es laufe phantastisch, sagt der wiedergeborene Spekulant, und das klingt nicht nach Prahlerei. Er sagt, was ist. Seit 1981 sei er an der Wall Street aktiv. Aber dies, sagt er, sei von allen Zeiten die beste.

Auch an den anderen Finanzzentren der Welt regt sich neues Leben im alten. Das Wort Krise haben die Banker in Shanghai, London, Frankfurt am Main und New York aus ihrem Leben ausgebuht wie eine unvermietbare Immobilie. Es wird wieder gezockt. Es wird wieder gefeiert. Und es wird wieder klotzig verdient.

Und das alles mit den Billionen, die Notenbanken und Regierungen in aller Welt in die Märkte pumpen, um die Folgen der Exzesse der Geldwirtschaft zu lindern.

Inmitten einer noch immer kriselnden Weltwirtschaft scheffelt die Finanzelite erneut Milliarden. Goldman Sachs meldete im vergangenen Quartal bei gegenüber dem Vorjahresquartal verdoppeltem Umsatz einen Gewinn von 3,2 Milliarden Dollar. JPMorgan Chase verdiente allein in diesen gut zwölf Wochen 3,6 Milliarden, Morgan Stanley immerhin noch 760 Millionen. An der Wall Street sind derzeit selbst die Verlierer noch Gewinner.

Vergessen ist die Zeit, da New Yorker Investmentbanker neben ihren Yuzgskartons auf der Straße standen. Verdrängt jener Tag, als aufgebrachte Demonstranten den Spekulanten in den Banktürmen entgegenschleuderten: „Ihr Versager, dann springt doch.“

Es ist fast, als wäre nichts gewesen. Die alte Gier ist wieder da und die alte Hybris auch. „Ich bin bloß ein Banker, der Gottes Werk verrichtet“, sagte Goldman-Sachs-

Chef Lloyd Blankfein kürzlich in einem Interview mit der „Sunday Times“.

Josef Ackermann, der Chef der Deutschen Bank, steht seinem Kollegen Blankfein in nichts nach. Auch die Deutsche Bank erzielt wieder Milliardengewinne, auch Ackermann lässt keinen Fettnapf aus.

Offenbar ahnt Ackermann, dass die jüngste Rallye auf Dauer nicht gutgehen kann. Und doch lehnt er eine Aufspaltung der Banken in kleinere Einheiten ebenso ab wie strengere Eigenkapitalregeln für besonders große Institute. Stattdessen propagierte Ackermann in der vergangenen Woche einen Rettungsfonds für in Not geratene Banken. In diesen Fonds soll nicht nur die Kreditwirtschaft einzahlen, sondern auch der Staat.

Die Gesellschaft, so der Chef der Deutschen Bank, werde möglicherweise akzeptieren müssen, „dass der Staat in systemischen Banken Krisen der Aktionär der letz-

ten Instanz bleibt“. Wenn's gutläuft, hat dieser Aktionär allerdings nichts zu sagen, dann werden die Gewinne an die Investmentbanker verteilt und der Rest an die echten Aktionäre. Aber wenn's schief läuft, soll wieder der Staat zahlen.

Neue „Moral Hazard“-Anreize würden so geschaffen, fürchtet Jürgen Stark, der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB): Anreize also, die die Banken veranlassen, zu große Risiken einzugehen, weil sie am Ende die Rechnung nicht bezahlen müssen. Die Marktakteure hätten ihr Verhalten bisher nicht wesentlich geändert, meint Stark. Es sei Zeit zu handeln, mahnt er – so wie es auch nach dem Beinahekollaps der Finanzmärkte von den Spitzen der G-20-Staaten versprochen worden war. Und so, wie US-Präsident Barack Obama in New York, ausgerechnet in der Federal Hall, Wall Street Nummer 26, angedroht hatte: „Wir werden nicht zu jenen Tagen rücksichtslosen Verhaltens und unkontrollierter Exzesse zurückkehren, an denen diese Krise ihren Anfang fand. Zu jenen Tagen, an denen viele bloß auf schnelle Beute und aufgeblähte Boni aus waren.“

Es rührte sich keine Hand. Der Präsident aber fuhr in die Stille hinein fort: „Deshalb brauchen wir strenge Regeln. Das alte Verhalten, das zur Krise geführt hat, darf keinen Bestand haben. Wir dürfen der Geschichte nicht erlauben, dass sie sich wiederholt.“

Das war vor zehn Wochen. Aber es spricht wenig dafür, dass sich die Regierungen wirklich auf neue, strenge Regeln für die Finanzwirtschaft verständigen. Und wenn sie es eines Tages doch schaffen, könnte es bereits zu spät sein.

Denn die Geschichte ist schon dabei, sich zu wiederholen: Wieder gibt es zu viel billiges Geld. Wieder gehen zu viele Leute viel zu hohe Risiken ein. Wieder bildet sich eine Blase, die, wenn sie eines Tages platzt, die Weltwirtschaft zum Absturz bringen kann.

Längst hat sich das anfänglich schlechte Gewissen der Banker verflüchtigt und mit ihm das Schamgefühl, das aufkeimte, als die Kurse fielen und die Banken nach Steuergeld riefen. Als jüngst in der Londoner City in der altherwürdigen St. Paul's Cathedral eine Diskussionsveranstaltung über die Ethik im Wirtschaftsleben stattfand, proklamierte einer der führenden Investmentbanker das Ende der Bescheidenheit.

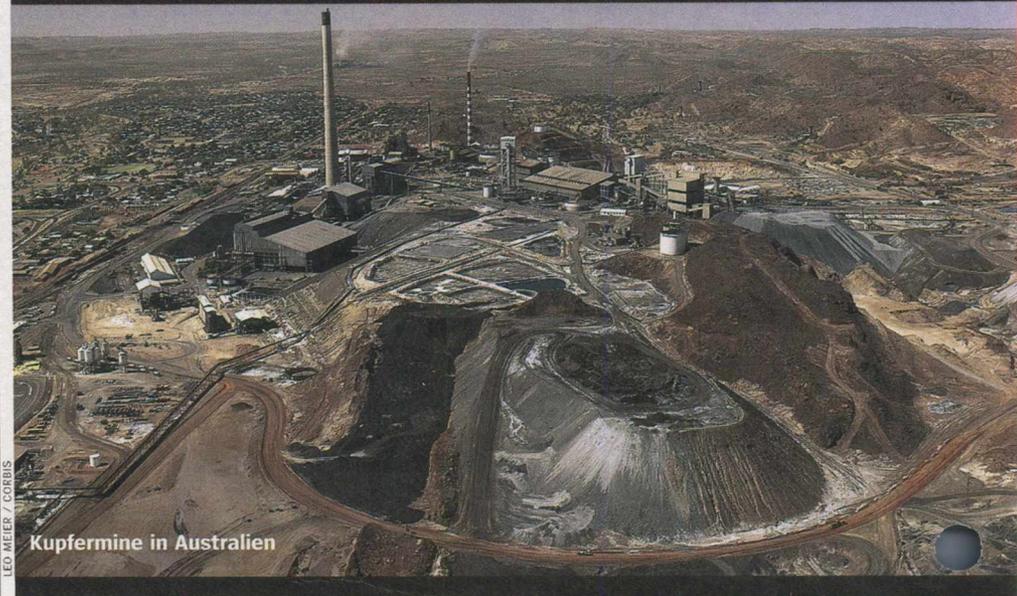
Wo einst die Trauerfeier für Kriegspremier Winston Churchill stattfand, ergriff nun der Vizechef von Goldman Sachs International und einstige Berater der damaligen Premierministerin Margaret Thatcher, Lord Griffiths, das Mikrofon. Es war eine Gegenrede zu Obama, die durch das Gewölbe der Kathedrale hallte, eine Rede wider den Wandel.

Die Banken hätten keinen Grund sich zu schämen, sagte er. Es sei keineswegs unmoralisch, hohe Bonuszahlungen an die



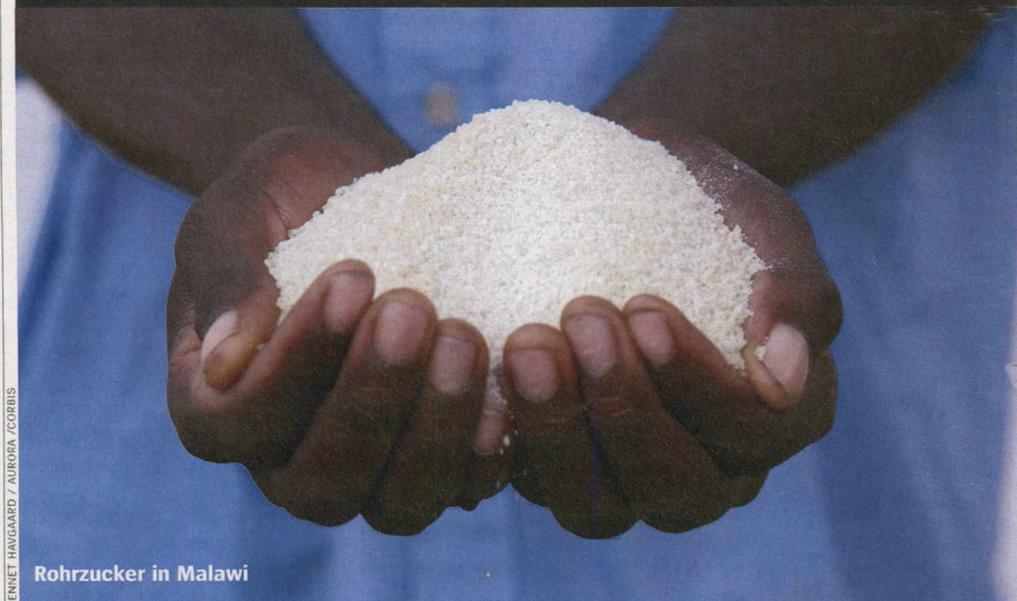
Bohrinsel in der Nordsee

ACE / MAURITIUS IMAGES



Kupfermine in Australien

LEO MEER / CORBIS



Rohrzucker in Malawi

KENNETH HANGAARD / AURORA / CORBIS

Hochgejubelt

Veränderungen von Rohstoffpreisen seit Anfang 2009, in Prozent



Quelle: Thomson Financial Datastream

2009

DER SPIEGEL

Besten der Besten auszuschütten. Die Gesellschaft sollte endlich lernen, Ungleichheit zu tolerieren. Da wurde es der anwesenden Geld-Elite warm ums Herz. Dass Gier gut sei, hatte sich schon lange keiner mehr zu sagen getraut.

Die Vergangenheit ist zurückgekehrt, die neue Normalität sieht aus wie die alte. Die Banker betrachten sich nicht mehr länger als Geldverwalter und Kreditgeber, sondern wieder als Teil einer weltweiten Risk-Taking-Industry, auch wenn sich gerade erst gezeigt hat, dass sie die Risiken, die sie eingehen, gar nicht tragen können.

Weltweit treiben sie nun wieder die Kurse in die Höhe. Der Aktienindex Dow Jones Industrial, der 30 Spitzenunternehmen der US-Wirtschaft vom Superstar Microsoft bis zum kranken Riesen General Motors repräsentiert, stieg seit seinem Tief Anfang März um knapp 60 Prozent. Der Deutsche Aktienindex stand dem kaum nach. Dabei hat sich die Lage vieler Firmen gar nicht dramatisch verbessert. Der Finanzmarkt führt, wieder mal, ein Eigenleben. Aktienkurse und Wirklichkeit haben sich entkoppelt.

Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr ein Minus von fünf Prozent ausweisen. Für das kommende Jahr rechnen selbst Optimisten nur mit einem Anstieg der Wirtschaftstätigkeit von 1,7 Prozent. Wenn man die staatlichen Milliardenhilfen herausrechnet, weiß man, was sich im Innersten der Volkswirtschaft abspielt. Sie zieht sich zusammen.

Die Arbeitslosigkeit steigt in den Industrieländern weltweit weiter an, vor allem in der größten Volkswirtschaft der Welt, den USA. Von den insgesamt 15 Millionen US-Arbeitslosen ist fast jeder zweite seit Ausbruch der Finanzkrise hinzugekom-

men. Und noch immer verlieren jeden Monat rund 300 000 Amerikaner ihren Job.

Die Investoren aber sind derart üppig mit Geld ausgestattet, dass eine Wirklichkeit eigener Art entstanden ist. Wie in Trance treiben Spekulanten auch die Immobilienpreise schon wieder in die Höhe.

Vor allem Luxusapartments sind nun wieder gefragt. Eine Vierzimmerwohnung mit Blick auf den Central Park in New York etwa soll jetzt 14 Millionen Dollar kosten, 4 Millionen mehr noch als vor einigen Monaten.

Seit Jahresanfang haben die Investoren auch die Rohstoffmärkte wiederentdeckt: Zucker plus 79 Prozent, Kupfer plus 133 Prozent, Zink plus 97 Prozent, Blei plus 146 Prozent, und der Rohölpreis stieg um 112 Prozent.

Früher galten die Rohstoffpreise als Frühindikator der Weltwirtschaft. Doch



JAMIE FINE / REUTERS

Spekulant Costas

„Der Markt ist schizophoren“

mit gesteigener Nachfrage in den Fabriken hat dieser Preisauftrieb wenig zu tun, allenfalls mit einer vagen Hoffnung darauf. „Die Marktbewegungen sind nicht mehr konjunkturgetrieben“, sagt Andreas Röss, Chefvolkswirt von Unicredit in Deutschland.

Mit jedem erfolgreichen Börsentag schrumpft die Zahl der Ängstlichen, und das Lager der Mutigen und Übermütigen erhält Zulauf. Rund 600 Milliarden Dollar, schätzen Experten, werden allein in den nächsten Monaten zurück in die Finanzmärkte fließen. Wieder bläht sich eine Scheinwelt auf, die mit der realen Wirtschaft nichts zu tun hat – und die deshalb nicht von Dauer sein kann.

„Der Countdown zur nächsten Krise hat begonnen“, schlagzeilt die „Financial Times“. Der Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff hält den Alarm nicht für übertrieben, sondern für geboten: „Die Frage ist nicht, ob diese Spekulationsblase platzt, sondern wann.“

Das Geld, das derzeit die Märkte überflutet, stammt aus den Kassen der Regierungen und den Notenpressen der Zentralbanken. Es sollte die Wirtschaft vor

WIE IN TRANCE TREIBEN SPEKULANTEN DIE PREISE SCHON WIEDER IN DIE HÖHE.

dem Kollaps retten: Die Industrienationen legten Konjunkturprogramme und Rettungsprogramme in Billionenhöhe auf, die Notenbanken senkten die Zinsen auf historische Tiefs und überschwemmten die Märkte mit billigem Geld. Die Rechnung ging auf: Die Wirtschaft hat inzwischen wieder Tritt gefasst.

Doch noch schneller haben sich die Spekulanten erholt, der Staat hat für sie die beste aller Welten geschaffen. Die Regierungen nahmen ihnen einen Teil der wertlosen Papiere mit den faulen Hypothekenkrediten ab, sie drängten den Banken billiges Eigenkapital auf, und sie versorgen die Geldhäuser täglich mit Liquidität zu einem Zinssatz nahe der Nulllinie.

Für die überlebenden Banken seien es „die profitabelsten Zeiten, die es jemals gegeben hat“, sagt Bill Winters, Chef des Investmentbanking von JPMorgan

Chase. Auch Tim Cronin von der Investmentbank Jefferies kann sein Glück kaum fassen: „Alles liegt zum Abgreifen bereit“, sagt er.

Viele Konsumenten haben aus der Krise ihre Lehren gezogen, wie man an den Sparquoten ablesen kann. Selbst in den USA, dem Land der vielen Kreditkarten, herrscht neuerdings Genügsamkeit. Auf dem Höhepunkt der Krise landeten durchschnittlich 4,9 Prozent des Einkommens auf dem Sparkonto. Das hat es seit über zehn Jahren nicht mehr gegeben.

Die Rolle des Big Spender aber ist auf den Staat übergegangen. Nicht mehr die Familie aus Nevada und der Single aus Los Angeles treiben den Boom, sondern deren Regierung. Die Unvernunft wurde verstaatlicht.

Die Hauptverantwortlichen dieser Entwicklung sind Amerikas Finanzminister Timothy Geithner, Notenbank-Chef Ben Bernanke und Princeton-Ökonom Paul Krugman, der die Politiker mit der Autorität seines Nobelpreises zu immer neuen Milliardeninjektionen zu überreden versucht.

Zu Beginn der Krise waren staatliche Programme unvermeidlich, um den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern. Doch inzwischen ist die Medizin gegen die Krise selbst zur Gefahr für den Patienten geworden.

Jetzt ginge es darum, die Schulden zu begrenzen, die Liquidität wieder einzufangen, die Zinsen langsam wieder zu erhöhen – um so der wachsenden Spekulation den Nährboden zu entziehen.

Doch Krugman lehnt schon die Frage, ob die Gesellschaft sich die milliarden-schwere Verschuldung leisten könne, mit schneidender Stimme ab. Das sei die falsche Frage, belehrt der Professor jeden, der ihm zu widersprechen wagt. Der Staat müsse stützen, stimulieren, Schulden machen, koste es, was es wolle. Und dann stimmt er die Fanfare aus dem Obama-Wahlkampf an: „Yes, we can!“

Die US-Notenbank, die nicht über dieselbe Unabhängigkeit verfügt wie die Europäische Zentralbank, folgt diesem Ruf. Notenbank-Chef Bernanke, 55, der von Präsident Obama vor kurzem für eine zweite Amtszeit verpflichtet wurde, wirkt mit seinem Vollbart, den schwarzen Knopfaugen und dem dunkelblauen Anzug, den er bei öffentlichen Auftritten meist trägt, wie der Inbegriff des Seriösen. Dabei hat die Notenbank unter ihm ein finanzpolitisches Lotterleben begonnen.

Die Weltwirtschaft wird von Bernanke mit Dollar-Scheinen geflutet. So billig war das Schuldenmachen – und damit das Spekulieren – noch nie. Eine Verschuldung in dieser Größenordnung hat es in den USA zu Friedenszeiten noch nicht gegeben. Für 300 Milliarden Dollar kaufte Bernanke allein Staatsanleihen des US-Finanzministeriums auf. Rund eine Billion Dollar gab

die Notenbank aus, um Hypothekenkredite zu übernehmen.

Mit so viel Geld sieht selbst ein eben noch maroder Immobilienmarkt plötzlich wieder gesund aus. Nachdem die Häuserpreise in den USA durchschnittlich um ein Drittel gefallen waren, klettern die Preise seit Mai wieder nach oben.

Während die Notenbank jeden Tag weitgehend wertlose Immobilienkredite aufkauft und die Zinsen für neue Hauskäufe niedrig hält, schießt die Regierung jedem Erstkäufer einer Immobilie eine 8000-Dollar-Steuerergutschrift dazu. So ist im Häusermarkt der USA eine Scheinwelt entstanden. Alles sieht nach Aufschwung aus, weil der Staat die Marktkräfte ausgeschaltet hat.

Weitere 250 Milliarden Dollar darf Bernanke noch für strukturierte Immobilienkredite ausgeben. Im März soll das Programm auslaufen. Viele Investoren fürchten nichts mehr als die Rückkehr zur Marktwirtschaft. Die Branche hofft auf weitere Staatshilfen.

Zumindest an der Politik des billigen Geldes soll sich auf absehbare Zeit nichts än-

zen. „Man muss wirklich kein Genie sein, um sich quasi umsonst Geld vom Staat zu leihen und damit eine Heidenkohle zu verdienen“, sagt Joe Perella, lange Chef der Investmentbank-Abteilung von Morgan Stanley und heute Chef einer New Yorker Investmentbank. Wer auf Nummer sicher gehen will, kauft mit dem billigen Geld der Notenbanken die weit höher verzinsten Anleihen des Staates.

Das Sonnenschein-Szenario wird für die Banker noch dadurch aufgeheitelt, dass sich derzeit nirgendwo ein Gegenentwurf zum Kasino-Kapitalismus anbietet. Selbst im aufstrebenden China wird Amerika nicht kritisiert, sondern kopiert.

Wenn es in China eine Angst gibt, dann die, eine Spekulationswelle zu verpassen. Auch deshalb schob die KP-Führung, kaum dass sich die Investoren wieder unternehmungslustig zeigten, noch einen weiteren Roulettetisch auf den Finanzmarkt: die Spezialbörse ChiNext in Shenzhen.

Nach Vorbild der Hochtechnologiebörse Nasdaq an der Wall Street sollen sich junge Firmen hier mit Kapital vollsaugen. Die

Wieder im grünen Bereich

Gewinne und Verluste großer Banken nach Steuern, in Milliarden Dollar, 3. und 4. Quartal 2008, 1. bis 3. Quartal 2009



dem. Um aufkeimende Panik zu dämpfen, versicherte die Notenbank nach einer zweitägigen Sitzung Anfang November: „Die Zinsen werden für eine längere Zeit außergewöhnlich niedrig bleiben.“

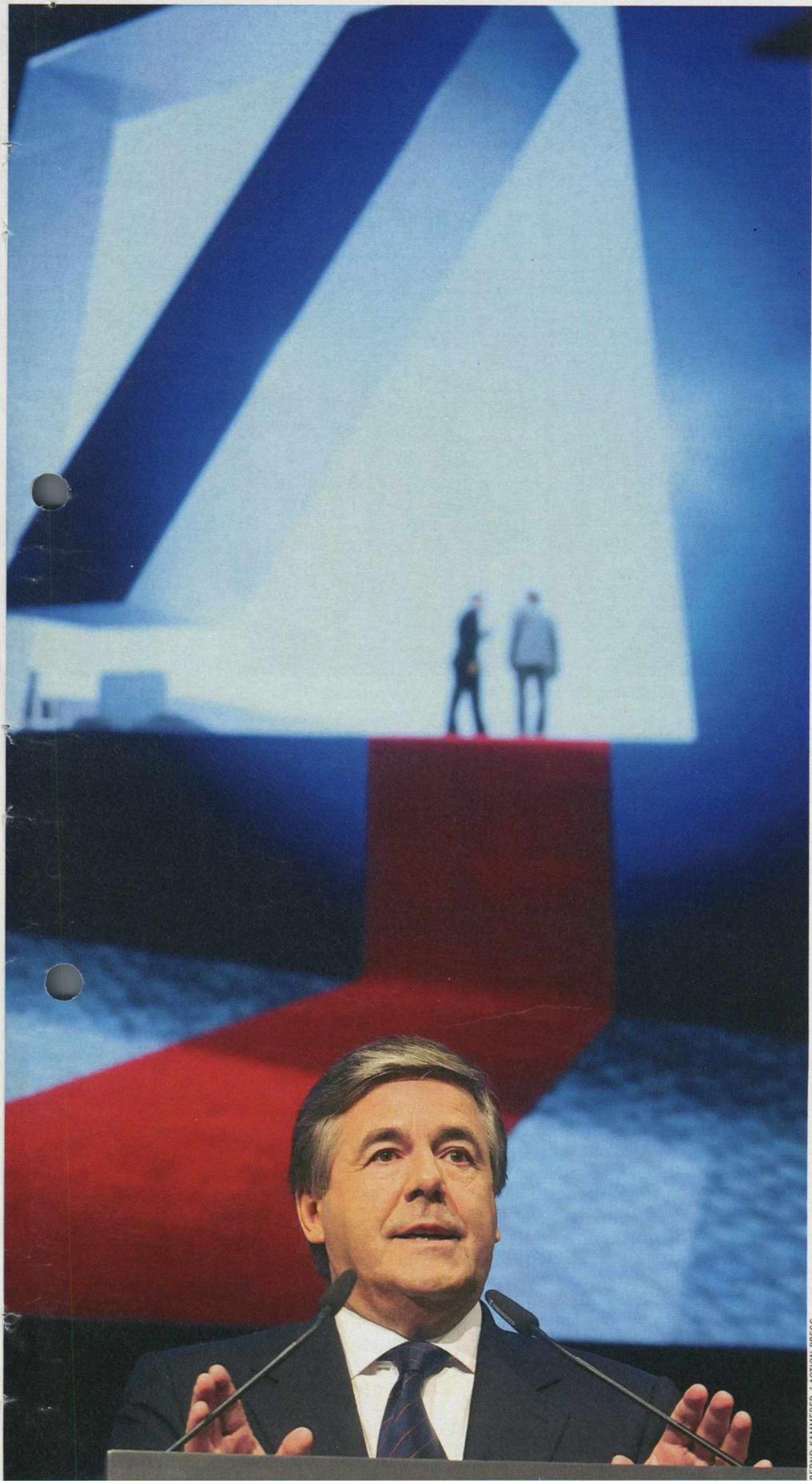
Etliche Experten zogen zwar die Stirn in Falten. Es bestehe das Risiko, die Notenbank könne die Wirtschaft „überstimulieren“, schrieb das „Wall Street Journal“.

Doch die Finanzbranche hört solche Festlegungen der Notenbank gern. Die Spekulanten leben nun mal von billigem Geld wie Graf Dracula von Blut. Nie zuvor in der modernen Wirtschaftsgeschichte hatte die Finanzindustrie einen derartig ungehinderten Zugriff auf die Staatsfinan-

führung, die mit hohen Funktionären zum Börsenstart erschienen war, machte deutlich, dass China nicht nur Plastikpuppen und Billigautos bauen will, sondern nun auch in die Sphäre der Hochfinanz vorstößt. Einige Kurse der neuen 28 ChiNext-Werte verdreifachten sich gleich am ersten Tag. Mehrfach musste der überhitzte Handel ausgesetzt werden.

Fondsmanager Tian Rencan, 48, zeigt vom 37. Stock eines Wolkenkratzers auf das dunstverhangene Finanzviertel Pudong in Shanghai hinunter. Nebenan wird gerade das Fundament für den höchsten Büroturm Asiens gegossen. Die vermögende Privatkundschaft kann hier oben jene Zukunft besichtigen, von der sie in Gestalt von Aktienfonds ein Stück erwerben soll.

Tian spricht über die Spekulationslust seiner Landsleute wie der Vater über den pubertierenden Sohn. Die üblichen Aktienfonds seien vielen Chinesen zu langweilig, die Kunden seien hungrig nach Risiko, was



Deutsche-Bank-Chef Ackermann: Wenn's schieft, zahlt wieder der Staat

soll man da tun? Er zieht die Schultern hoch. „Wir wollen sie ja zu einem langfristigen Anlagehorizont erziehen, aber viele Chinesen sind eben Spielernaturen“, sagt Tian. Er lächelt dabei. Es ist unklar, ob er über die Kunden lächelt oder aus Stolz über seine eigenen Einsichten.

Wer eine schärfere Regulierung fordert, gilt jedenfalls an den Finanzplätzen Shanghai und Hongkong als Spielverderber. Die Lobbyisten der Wall Street und der Londoner City wiederum nutzen die chinesische Risikofreude, um vor strengeren Regeln in Amerika und Europa zu warnen. Die Finanzindustrie würde nicht sicherer, nur chinesischer werden, sagen sie.

Das Arbeitsplatzargument sticht, zumindest in den Augen vieler Politiker. Amerika und Großbritannien haben in den achtziger und neunziger Jahren ihre traditionsreiche Industrie weitgehend aufgegeben und sind nun abhängig von den Banken. Knapp 30 Prozent aller US-Unternehmensgewinne stammten 2008 aus dem Finanzgewerbe. Geht es der Londoner City schlecht, leidet ganz England.

Die Börsenplätze in Asien sind längst zu Rivalen geworden. Seit über zehn Jahren verlagert sich das Finanzgeschäft aus den USA in Richtung Hongkong und Shanghai. In diesem Jahr fanden 40 Prozent aller Neueinführungen von Aktien in China statt. Eine Studie der US-Beratungsfirma Grant Thornton macht dafür auch das zunehmend komplexer werdende Regelwerk der USA verantwortlich.

So fließt denn das weltweite Investorengeld weiterhin in ein Finanzsystem, das sich kaum verändert hat. Der Ruf nach strengerer Kontrolle und mehr Sicherheitsgarantien steht zwar jeden Tag in der Zeitung, aber noch nicht im Gesetzblatt.

Ungebremst wächst so die neue Spekulationsblase heran, womöglich größer und gefährlicher als alle Blasen zuvor.

Wer Blasen in ihrem Kern verstehen will, muss nur zur Universität nach Princeton fahren, 60 Kilometer vom New Yorker Finanzviertel entfernt. Wie unterm Mikroskop schaut dort Wei Xiong, 34, auf die Teilnehmer der globalen Märkte. Er ist Professor am „Bubble Laboratory“ („Wall Street Journal“), das einst von Bernanke gegründet wurde, bevor der zur US-Notenbank wechselte.

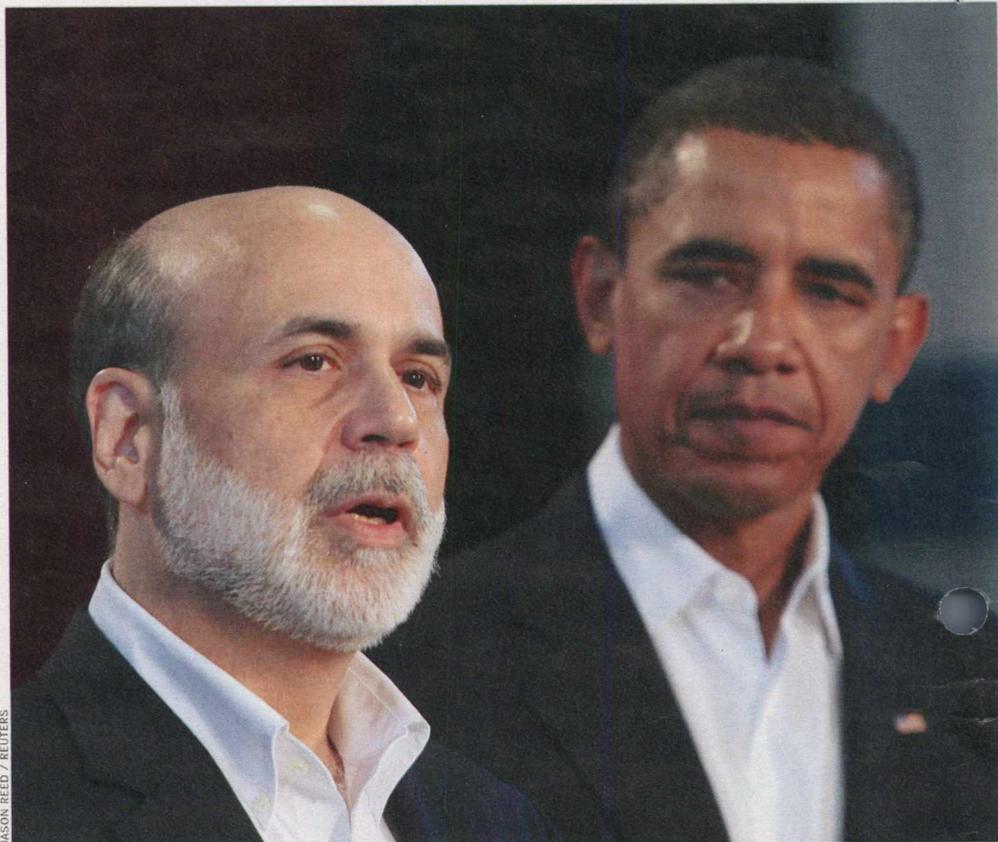
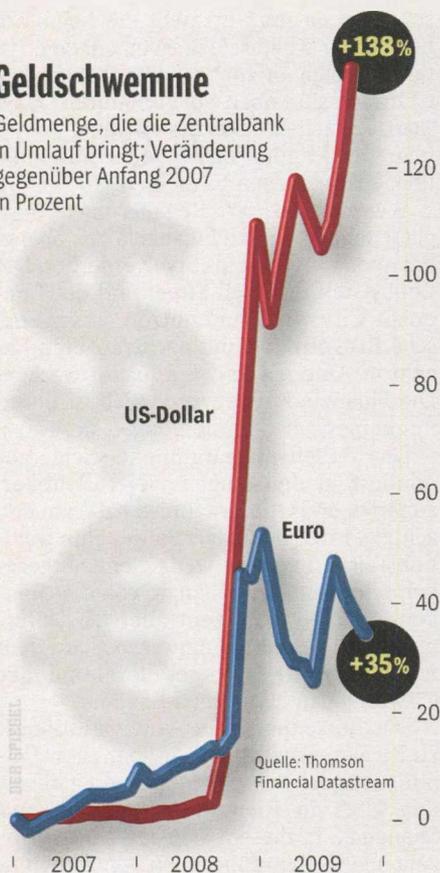
Xiong interessiert sich weniger für die Preise der Aktien, als für die Menschen, die diese kaufen.

Strömen sie zahlreicher als gewöhnlich, steigt das Handelsvolumen. Die Blase bläht sich auf. Sind die Käufer ungebildet, unerfahren und einkommensschwach, wächst das Risiko, dass sie platzt, so seine Erkenntnis. Während der Internetblase wurden Technologiewerte dreimal so häufig gehandelt wie andere Aktien.

Professionelle Händler, sagt Xiong, könnten eine Blase verstärken und davon profitieren, aber sie nicht allein bilden. Der

Geldschwemme

Geldmenge, die die Zentralbank in Umlauf bringt; Veränderung gegenüber Anfang 2007 in Prozent



US-Notenbanker Bernanke, -Präsident Obama: Suche nach einer Exit-Strategie

Immobilienboom sei entstanden, weil Millionen Menschen plötzlich mit Hypotheken zocken wollten. Am Rohstoffmarkt seien schon wieder Anzeichen für eine Blasenbildung erkennbar.

Helfen strengere Gesetze? Xiong wiegt den Kopf. Die entscheidende Frage sei die, ob der Mensch lernen will, sagt er schließlich. Er erzählt von seinem Bruder in China, den er im vergangenen Frühjahr vor dem bevorstehenden Absturz der dortigen Börse gewarnt habe. Der bedankte sich freundlich – und zockte weiter.

Auch heute treffen die Warnungen, die von Experten geäußert werden, vielfach auf taube Ohren. „Es ist ein wenig beängstigend, wie schnell die Leute vergessen“, sagt Investmentbanker Cronin. Und selbst der neue alte Goldjunge Costas betont: „Der Markt ist schizophren.“ Im Moment witterten alle die großen Möglichkeiten, trotz der ungelösten Probleme und Risiken.

Zur Schizophrenie gehört auch, dass der Handel mit Derivaten wieder auf Hochtouren läuft: Jene komplizierten Finanzprodukte, die erst den Boom befeuert hatten und später dann den Absturz beschleunigten, sind wieder chic.

1100 Banken handeln heute in den USA mit Swaps, Futures, Optionen und all den anderen komplexen Finanzprodukten. Anders als vor sechs oder neun Monaten sei ein enormer Aufschwung im Derivatehandel festzustellen, sagt Investmentbanker Costas. Die gefürchteten CDOs werden

ebenfalls wieder angeboten, also jene exotischen Finanzprodukte, die im Innern oft jede Menge fauler Immobilienkredite beherbergen.

Die neuen Verkäufer der hochriskanten Papiere sind die alten, vorneweg die Experten der New Yorker Citigroup. Über 25 Milliarden Dollar hatte die amerikanische Regierung in den Bankgiganten stecken müssen, um sein Überleben zu sichern. Nun wird dort der Wahnsinn 2.0 gestartet.

Die Experten der Citigroup haben in der Krise gelernt, aber offenbar die falsche Lektion: Sie dürfen alles riskieren, so ihre Erfahrung, und sie werden nie bestraft. Der Staat ist ihre Rückversicherung. Es gebe an den Finanzmärkten keine Todesstrafe für Leichtsin, klagt der deutsche Bankenaufseher Jochen Sanio.

Die Banker an der Wall Street arbeiten seit Monaten an dem ehrgeizigen Ziel, selbst die alten, hochgiftigen Wertpapiere doch noch loszuschlagen. Immer noch liegt ein Teil dieser toxischen Papiere in den Depots der Banken.

Sie haben einen flotten Namen gefunden für das neue alte Risikopapier. Das Jeton für das Finanzcasino heißt jetzt Re-Memic, kurz für „Resecuritization of Real-estate Mortgage Investment Conduit“.

Die alten, unverkäuflichen Wertpapierpakete wurden dafür aufgeschnürt und die darin enthaltenen Hypotheken neu sortiert. Die vermeintlich guten bekamen – wieder mal – das Gütesiegel Triple A der

Rating-Agenturen. Eine neue Runde im Spiel der Spekulanten kann beginnen.

Man kann das einen Skandal nennen oder, wie Investmentbanker Cronin, „ein glänzendes Geschäft“. Seine Bank hat bereits Re-Remics im Wert von zehn Milliarden Dollar neu verpackt. Der Umfang des gesamten Resecuritization-Marktes wird derzeit auf 660 Milliarden Dollar geschätzt.

„Ich bin wirklich schockiert, wie wenig sich geändert hat“, sagt Ed Yardeni, lange Jahre Investmentstrategie-Chef der Deutschen Bank. Er berät heute Investoren.

„Das sind Produkte, die komplexer und noch undurchsichtiger sind als ihre Vorgänger, die CDOs“, warnt auch Dennis Kucinich, Kongressabgeordneter und Mitglied des Finanzreformausschusses in Washington. „Was sollte die Re-Remics davon abhalten, wieder das ganze System an den Rand des Abgrunds zu fahren?“

Der Chef der britischen Finanzaufsicht, Adair Turner, kam kürzlich eigens nach Washington gereist, um der Obama-Regierung das Ausmaß des modernen Kasino-Kapitalismus vor Augen zu führen. Er hatte seinen Gesprächspartnern im Finanzministerium eindrucksvolle Zahlen mitgebracht:

► In den siebziger Jahren war der Wert aller Währungsgeschäfte und aller Auslandsinvestitionen doppelt so groß wie der Wert des realen Handelsvolumens. Heute übertrifft die Währungsspekulation den Handel um das 20fache.



JOE RAEDLE / GETTY IMAGES

Jobsuchende in Miami: Die Finanzwelt hat sich von der realen Wirtschaft entkoppelt

- ▶ Der Wert aller Zinsderivate betrug 1995 erst 18 Billionen Dollar, heute dagegen sind es 400 Billionen Dollar. Obwohl das globale Weltinlandsprodukt sich in dieser Zeit nur verdoppelt habe, habe sich das ausstehende Volumen der Zinsspekulationen verzwanzigfacht.
- ▶ Die täglichen Geschäfte mit Öl-Optionen entsprachen 1990 an den größten Handelsplätzen noch ungefähr dem Wert des tatsächlich produzierten und konsumierten Öls. Heute übersteigt das Spekulationsvolumen den tatsächlichen Wert der Ware um das Zehnfache.

Das Finanzgeschehen habe sich von der Wirklichkeit gelöst, sagt Turner, es besitze aber die Kraft, die Werte anderer Industrien und ganzer Völker zu zerstören.

Die Krise, sagt er, sei nicht nur eine Krise einzelner Banken, sondern auch eine Krise des intellektuellen Denkens. Unsere Vorstellung, dass Preise wichtige Informationen transportieren, dass Märkte sich rational verhalten und sich im Falle von Irrationalität selbst korrigieren, all das sei in Frage gestellt. Nur wer sich diese bitteren Wahrheiten zumute, werde bei der Suche nach Lösungen erfolgreich sein können.

Das Weiße Haus und auch das US-Finanzministerium hörten dem Mahner zu, aber es fehlt der politische Wille, aus dem Gehörten Schlussfolgerungen zu ziehen. Der amerikanische Staat lässt die Banken gewähren – auch weil er froh ist um jedes faule Wertpapier, das nicht er, sondern andere aufkaufen. Jedes neue Geschäft, und

sei es noch so makaber, ist der Regierung willkommen. Es hilft ihr, sich wieder aus der Bankenwelt zurückzuziehen. So bilden Staat und Spekulanten derzeit eine Zuewinnungsgemeinschaft. „Wir dürfen nicht zurückkehren zum alten Wirtschaftszyklus, in dem immer wieder Spekulationsblasen entstehen und platzen“, sagte Obama zwar immer wieder, zuletzt am vorvergangenen Freitag beim Staatsbesuch in Tokio. Doch diesen Worten folgten bisher keine Taten.

Die Obama-Regierung fordert im Gegenteil die Regierungen der G-20-Staaten hinter den Kulissen auf, sich nur ja nicht zu früh aus dem Wirtschaftsleben zurückzuziehen. Jeder weiß ja: Die Wirtschaft läuft wieder, aber sie läuft auf zwei Krücken. Sie wird gestützt durch die Zins- und durch die Haushaltspolitik der Staaten.

DIE WIRTSCHAFT LÄUFT WIEDER, ABER SIE LÄUFT AUF ZWEI KRÜCKEN.

China ist derzeit Amerikas Muster-schüler und wurde daher beim Staatsbesuch Obamas in Peking auch entsprechend belobigt. Keiner hat das Geld so energisch in die Märkte gepumpt wie die von der KP Chinas geführte Regierung.

In diesem Jahr erhöhten die staatlichen chinesischen Banken ihre schon zuvor großzügige Kreditvergabe um rund 150 Prozent. Die staatlichen Betriebe werden regelrecht genötigt, die Gelder abzurufen.

Weil es an ausreichend rentablen Investitionsprojekten auch in China derzeit fehlt, lenken sie den Geldfluss in ihrer Not auf die Immobilien- und Aktienmärkte um. Viele Firmenchefs sind zu Spekulanten wider Willen geworden.

Den Amerikanern ist alles recht, was nach Erholung und Aufschwung aussieht. Verpönt ist, wer das Geld zu zaghaft unter die Leute bringt. Der Sparsame ist neuerdings der Schuldige.

Die Folge des munteren Geldausgebens: „Das Risiko, jetzt die Basis für künftige Blasenbildung auf den Finanzmärkten zu legen“, sagte der neue Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble jüngst im Bundestag, dürften wir „nicht aus den Augen verlieren“. Nur so ließen sich neue Krisen verhindern. Mit derartigen Aussagen

macht sich Schäuble in den Hochburgen des Turbokapitalismus, also vor allem in den USA und in England, verdächtig. Zwar tönt sein Ruf nach einem koordinierten Ausstieg aus den kostspieligen Konjunkturmaßnahmen auch in diesen Staaten, allein: „Wann der richtige Zeitpunkt dafür gekommen sein könnte“, so ein deutscher Regierungsvertreter, „darüber wird lange und heftig diskutiert.“ Amerikaner und Engländer jedenfalls sehen die Voraussetzungen dafür eher später als früher. Dann

aber, so die Befürchtung bei den Deutschen, droht die nächste Krise.

Kanzlerin Angela Merkel hatte schon früh ihre Zweifel an der wundersamen Geldvermehrung der Notenbanken und den teuren Konjunkturprogrammen geäußert. Der Kanzlerin fehle es wohl an intellektueller Beweglichkeit, keilte Ökonom Krugman umgehend zurück.

Merkel schickte einen Emissär ins Weiße Haus, um die Obama-Truppe zu besänftigen. Im Büro von Obamas Wirtschaftsberater Laurence Summers erläuterte der Abgesandte der Kanzlerin den deutschen Beitrag zur Krisenbekämpfung. Die Amerikaner hatten ihn als zu verzagt kritisiert.

Nun bekam Summers die Feinheiten des deutschen Sozialstaats erläutert. Denn von Kurzarbeitergeld bis Frühpensionierung federn die Sozialkassen hierzulande die Krise ab. Diese „automatischen Stabilisatoren“ müsse man zu dem vom Bundestag beschlossenen Konjunkturpaket dazurechnen, insistierte der Emissär. Am Ende dieser Rechnung steht ein Deutschland, das Vergleichbares leistet wie Amerika.

Die von allen Industriestaaten gestarteten Programme, die sich von der Abwrackprämie bis zum Straßenneubau erstrecken, helfen, das derzeitige Börsenwunder nach Kräften zu befeuern. Sie stützen die geschrumpfte private Nachfrage und erzeugen Wachstumsraten auf Pump. Die wiederum werden von den Börsianern als Aufschwungssignale gedeutet.

So hofft man das Klima zu verändern. Konsumenten sollen zum Kauf angereizt und Kleinanleger zurück in das Kasino gelockt werden. „50 Prozent der Wirtschaftspolitik sind Psychologie“, wusste schon Ludwig Erhard, der Mann des Wirtschaftswunders.

Die andere Hälfte der Wirtschaftspolitik besteht derzeit aus Schulden. Rund 1,5 Billionen Dollar – also rund das Dreieinhalbfache eines deutschen Bundeshaushaltes – haben die Staats- und Regierungschefs der 20 größten Wirtschaftsnationen bisher bereitgestellt, um den Aufschwung zu kaufen.

Am teuersten war er in den USA, wo die Obama-Regierung sagenhafte 841 Milliarden Dollar in die daniederliegende Volks-

terium, müssen die Deutschen rund die Hälfte ihrer Lohnsteuer für Zinszahlungen an die Banken überweisen.

Auch in Amerika werden die Risiken der heutigen Politik erst sichtbar, wenn man in die Zukunft schaut. Eine Budgetprojektion bis zum Jahr 2030, aktuell vorgelegt vom Peterson Institute in Washington, zeigt das Ausmaß der eingegangenen Finanzverpflichtungen.

Kommt es zu keinen drastischen Kürzungen bei den Ausgaben oder Steuererhöhungen, steigt die Auslandsverschuldung von heute 3,5 Billionen auf dann 50 Billionen Dollar. Im Verhältnis zum Bruttoin-

Für die Bundesbanker in Frankfurt ist das eine Schreckensvision. Die Rechnung, davon sind die Herren im zwölften Stock der Notenbankzentrale überzeugt, kann nicht aufgehen. Die Inflationsspirale, einmal in Gang gekommen, lasse sich nicht kontrollieren. Schon der ehemalige Bundesbank-Präsident Otmar Emminger hatte Ende der siebziger Jahre gewarnt: „Wer mit der Inflation flirtet, wird von ihr geheiratet.“

So sieht es auch Joachim Fels, der Londoner Chefvolkswirt von Morgan Stanley. „Angesichts der derzeitigen und noch kommenden wirtschaftlichen und finan-



Start der Technologiebörse ChiNext in Shenzhen am 30. Oktober: Mehrfach den überhitzten

landsprodukt beträgt die Verschuldung der USA im Ausland heute rund 25 Prozent und würde dann auf 140 Prozent hochschnellen. Allein um die ausländischen Schulden bedienen zu können, müssten die USA im Jahr 2030 sieben Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung an die Gläubiger weiterreichen.

Die normale Bevölkerung wäre vom Wachstum der Wirtschaft damit praktisch ausgeschlossen. Die sozialen Konflikte wür-

ziellen Probleme“ und angesichts all des Geldes, das Notenbanken und Regierungen derzeit in die Wirtschaft pumpen, sollten die Bürger das Risiko einer Hyperinflation – einer rasend schnell fortschreitenden Geldentwertung, wie sie Deutschland Anfang der zwanziger Jahre Jahre erlebt hat – „nicht ignorieren“, warnt Fels.

Von der Regierung unabhängige Experten in den USA teilen diese Sorgen. „Könnte Amerika pleitegehen?“, fragte jüngst Robert J. Samuelson, der Wirtschaftskolumnist des Nachrichtenmagazins „Newsweek“. Seine Antwort: Es sei erstmals in der US-Geschichte vorstellbar, dass einer der beiden Grundpfeiler der Finanzpolitik – dass Gläubiger weiter US-Schuldtitel kaufen und die US-Regierung weiter dafür zahlt – zusammenbreche.

„Think America is unsinkable?“ – „Denken Sie, Amerika ist unsinkbar?“, hieß es jüngst in der ganzseitigen Anzeige einer privaten Anti-Schulden-Initiative. Im Bild war der Ozeanriesen „Titanic“ zu sehen.

Die Obama-Regierung mag solche Warnungen nicht, weil sie zur weiteren Verunsicherung auf den Kreditmärkten führen. Denn die Regierung wird schon heu-

WENN DIE ZINSEN WIEDER STEIGEN, SITZEN DIE REGIERUNGEN IN DER SCHULDENFALLE.

wirtschaft pumpt. Europa investiert rund 600 Milliarden Dollar an Steuergeldern.

Die Konjunkturpolitik ist auch deshalb so teuer, weil außer China kein Staat über derartige Summen verfügt. Die Staatskassen sind seit langem schon leer. Das Geld muss also erst auf den Finanzmärkten beschafft werden.

Wenn die Zinsen wieder steigen, sitzen die westlichen Regierungen in der Schuldenfalle. Im Jahr 2012, so die jüngste Haushaltsprojektion aus dem Schäuble-Minis-

den angeheizt. „Tilgungszahlungen in dieser Höhe“, sagt der Autor der Studie, Fred Bergsten, „bedeuten eine ernsthafte Erosion des amerikanischen Lebensstandards.“

Eine Vielzahl von Ökonomen vermutet angesichts der sich abzeichnenden Haushaltslage, dass die amerikanische Regierung den einfachen Ausweg suchen wird: Inflation. Sie entwertet zwar Sparguthaben und Arbeitseinkommen, lässt aber zugleich auch den Schuldenberg der Regierung schrumpfen.

te ihre Staatsanleihen nicht mehr ohne Stützungskäufe der Fed zu akzeptablen Preisen los.

Chinesen und Japaner kaufen zwar weiter, aber nicht in dem benötigten Umfang. Die Investoren sind misstrauisch geworden. Schon seit Monaten tritt daher Bernanke als der beste Kunde der Regierung auf. Die Bilanz der Notenbank hat er vor allem durch Käufe von US-Staatsanleihen innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt. Damit ist die Federal Reserve eines der am schnellsten wachsenden Unternehmen der USA.

Noch dreister treibt es nur die Bank of England. Noch vor kurzem war sie stolz

können so viele Milliarden bekommen, wie sie nur wollen. Die Laufzeit der Kredite wurde bis auf ein Jahr erhöht. „Unkonventionelle Maßnahmen“ nennen das die Zentralbanker. Man merkt ihnen an, dass ihnen nicht wohl dabei ist.

Den Bundesbankern, die sich von jeher einer strengen Stabilitätskultur verpflichtet fühlen, sind die Methoden der EZB zu aggressiv. „Ein fortgesetztes Leben am Liquiditätstropf der Notenbanken ist keine Handlungsoption für eine nachhaltige Zukunft“, sagt Bundesbank-Chef Axel Weber. Die Notenbanken müssten ihre Nähe zur Politik wieder durch Distanz ersetzen.

Kantine der Notenbank geladen. Die Tische waren mit Herbstblättern und brennenden Kerzen dekoriert.

Bernanke wollte beruhigen. Er sprach zu seinen Gästen wie ein Seelsorger. Man habe alles im Griff, sagte er. Die Rezession sei „rein technisch gesehen“ beendet. Man habe die Weltwirtschaft vom Abhang, den sie hinunterzufallen drohte, wegziehen können.

Die Experten aber fragten nach den Kosten dieser Weltenrettung. Bernanke lächelte gequält. Er hatte eine Folie mitgebracht, die er nun an die Wand projizierte. „Exit-Strategie“ stand darauf. Mehr nicht. Bernanke versicherte, dass die Notenbank sich wieder zurückziehen werde. Dass das viele Geld wieder eingesammelt würde. Dass alles wieder gut werde.

Aber wie und wann, das sagte er nicht. Amerika hat den Ausweg noch nicht gefunden. Und immer mehr Menschen zweifeln daran, dass es ihn noch finden wird: Der Goldpreis steigt und steigt – weil das Vertrauen in die Währungen, vor allem in den Dollar, schwindet. Kürzlich kaufte die indische Zentralbank 200 Tonnen Gold aus dem Bestand des Internationalen Währungsfonds (IWF), um die Abhängigkeit des Landes vom Dollar zu verringern.

Die Notenbanken wissen nicht, wie sie die Geldmenge wieder in den Griff kriegen sollen, und die Regierungen können sich nicht auf strengere Regeln für die Finanzwirtschaft verständigen – obwohl alle wissen, dass Investmentbanken, die so groß sind, dass der Staat sie nicht pleitegehen lassen darf, ein Risiko für die Allgemeinheit darstellen. Diese Banken werden erst leichtsinnig, dann übermütig, am Ende sind sie gefährlich.

Aber heute sind die Investmentbanken größer, als sie es je zuvor waren. Der Staat müsste sie zerschlagen. Doch er traut sich nicht. Er hat sie ja gerade erst gerettet.

Eigentlich müssten die Banken wenigstens durch ein deutlich höheres Eigenkapital für die nächste Krise vorsorgen. Das würde die Sicherheit im Weltfinanzgefüge erhöhen. Aber es würde auch die Gewinne schmälern. Also ist es nicht mehr sonderlich beliebt.

Im Grunde ist auch ein Nachdenken über eine Verlangsamung der internationalen Geldströme dringend geboten. Der Londoner Börsenaufseher Turner brachte deshalb eine Transaktionssteuer ins Gespräch, die Tobin-Steuer.

Die ist nach ihrem Erfinder James Tobin benannt, einem 2002 verstorbenen US-Ökonomen, der das oberste Gremium der Notenbank beriet und in Yale lehrte. Er wollte die Spekulation dämpfen, zumindest dann, wenn sie eine Gefahr für Wohlstand und Arbeitsplätze darstellt.

Zwar gibt es gegen die Tobin-Steuer erhebliche Bedenken, berechnete wie unberechnete. Doch die Diskussion darüber



Handel ausgesetzt

auf ihre Unabhängigkeit. Mittlerweile kauft sie blind Schuldverschreibungen der Regierung auf. Ein Viertel aller ausstehenden Staatsschulden befindet sich bereits in den Händen der Notenbank.

Auch die Europäische Zentralbank ist kein unbedingter Hort der Stabilität mehr. Seit Anfang Juli kaufte sie Pfandbriefe im Wert von bisher 21 Milliarden Euro auf, um den Immobilienmarkt zu stützen. Die Geldmenge im Euro-Raum steigt, obwohl diesem Anstieg kein vergleichbarer Warenwert gegenübersteht.

Anfang 2002 waren Euro-Geldscheine im Wert von 225 Milliarden im Umlauf. Am 6. November dieses Jahres zirkulieren nach einer aktuellen EZB-Statistik Euro-Scheine im Wert von 773 Milliarden. „In den guten alten Zeiten mussten sich die Kreditinstitute gegenseitig überbieten, um an unser Geld zu kommen“, erzählt ein hochrangiger EZB-Mitarbeiter. Er meint die Zeit vor der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008. Die 6600 Banken in der Euro-Zone erhielten Kredit meist nur für eine Woche, drei Monate waren längstens erlaubt.

Jetzt ist alles anders. Die EZB drängt den Banken ihr Geld regelrecht auf. Sie

Bruttostaatsverschuldung

in Prozent des BIP

Quelle: US-Regierung, EU-Kommission



Vor der Krise wussten die Zentralbanker genau, wie viel Geld für das Funktionieren einer Volkswirtschaft gebraucht wurde. Sie speisten wie die Ingenieure eines Wasserwerks die benötigte Liquidität in den Kreislauf. Doch in der Krise horteten die Banken die billige Liquidität. „Sie füllten ihre Schwimmbäder und Vorratslager“, sagt ein Zentralbanker.

Die zunächst zögerlichen Geschäftsbanken riefen das billige Geld ab, auch wenn sie nicht so recht wussten, wohin damit. Im Juni saugten die Kreditinstitute von der Frankfurter Notenbank Einjahreskredite in Höhe von 442 Milliarden Euro ab.

Früher oder später werden die Gelder ihren Weg auf die Aktien-, Immobilien- und Rohstoffmärkte finden. Mit einer exzessiven Ausweitung der Geldmenge haben noch stets Hyperinflationen begonnen, sagt Fels, „verursacht von Regierungen, die die Zentralbanken anweisen, ihnen bei der Finanzierung ihrer Ausgaben zu helfen“.

Die Notenbanker kennen die Gefahr. Aber können sie diese auch bannen?

Notenbank-Chef Bernanke hatte kürzlich eine Gruppe hochkarätiger Ökonomen zum Abendessen in die rundum verglaste

und mögliche Alternativen haben derzeit keine Chance. Der britische Premier Gordon Brown, der sich Turners Überlegungen zu eigen gemacht hatte, wurde von den USA und einer wütenden Reaktion aus der Londoner City zum sofortigen Rückzug gezwungen.

Wie groß der Widerstand gegen Veränderungen des Systems ist, hat auch der IWF-Chef erfahren. Dominique Strauss-Kahn ist kein Ideologe, viele in der Sozialistischen Partei Frankreichs nennen ihn sogar einen Rechten. Er kann eindrucksvoll nachweisen, dass hohe Bonuszahlungen nicht etwa ein moralisches Problem sind, sondern ein ökonomisches.

Sie verführen. Sie machen gierig. Sie lassen die Gewinne wachsen, aber das Verantwortungsgefühl des Einzelnen schrumpfen. „Es nützt ja nicht viel, wenn Politiker und Akademiker ihre Lehren aus den Ereignissen ziehen“, sagt Strauss-Kahn, „aber diese den jungen Händler nicht erreichen.“

Über 200 Millionen Dollar riskieren die Händler von Goldman Sachs schon wieder pro Tag. Wenn sie richtigliegen, werden sie reich. In diesem Jahr lagen sie oft richtig. Goldman Sachs hat deshalb 17 Milliarden Dollar als Boni- und Gehaltszahlungen zurückgestellt, weit über hundert Milliarden werden die großen Investmentbanken und Hedgefonds in diesem Jahr an ihre Mitarbeiter ausschütten.

Die Europäer, vor allem auch die Deutschen, drängen die USA zum schnellen Handeln. Die Spekulationsblase wird größer. Der Übermut steigt. Das Risiko erneuter Verwerfungen auf den Weltmärkten ist zur realen Gefahr geworden.

Nur wenn sich Wall Street ändert, ändert sich die Welt. In New York werden die Spielregeln gesetzt, die dann auch für London, Paris und Frankfurt gelten.

Doch die Amerikaner finden nicht mehr die Kraft, dem als richtig Erkannten zum Durchbruch zu verhelfen. Mit feurigem Blick sprechen sie vom Primat der Politik, aber das ist kaum mehr als eine Pose. Die Finanzindustrie in den USA wird von der Finanzindustrie regiert, nicht vom Finanzminister. „Die neue Finanzregulierung wird größtenteils ein Witz sein“, sagt der ehemalige Deutsch-Banker und Investment-Experte Ed Yardeni. Wall Street sei wieder mächtig genug, die Sache totzutrampeeln.

Rund 200 Millionen Dollar hat die Finanzindustrie in diesem Jahr für Lobbying ausgegeben, über 2000 bezahlte Helfer verteilen in Washington die Dollar-Schecks. „Der Widerstand der Finanzbranche gegen mehr Regulierung ist bestens organisiert“, sagt Tim Adams, unter George W. Bush hoher Beamter im Finanzministerium. Er weiß, wovon er spricht. Er ist nun Chef einer großen Beratungsfirma mit vielen Klienten aus der Wirtschaft.

Würde sich Wall Street nur auf die Republikaner stützen, wäre das derzeit keine



Goldman-Sachs-Tower in Jersey City, New Jersey: „Ich bin bloß ein Banker, der Gottes

allzu große Hilfe. Deshalb haben Goldman Sachs und die anderen Investmentbanken beizeiten auch in die Demokraten investiert.

Goldman Sachs sagt, die Firma habe „eine lange Tradition des öffentlichen Dienstes. Viele unserer Mitarbeiter sind in wichtige Regierungsposten gewechselt, und ihre Leistungen machen uns alle stolz“.

Das stimmt. Entgegen dem landläufigen Vorurteil ist bei Goldman Sachs Geld nicht alles. Erst wer sich auch politisch bewährt hat, gilt als echte Größe. So wie Henry Paulson, der einst Firmenchef war und dann Bushs Finanzminister wurde. In der Finanzkrise reichte er zehn Milliarden Dollar als Soforthilfe an seine Ex-Kollegen aus.

Die Liste der Goldman-Sachs-Politiker und -Spitzenbeamten ist lang. Jon Corzine war früher Boss des Investment-Giganten, bevor er sich zum Gouverneur von New Jersey wählen ließ. Phil Murphy hatte mit 50 Jahren genug vom Geldverdienen. Da-

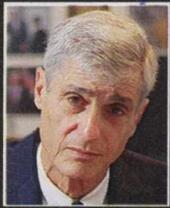
nach half der ehemalige Goldman-Top-Manager den Demokraten im Wahlkampf. Nun residiert er als Botschafter Obamas in Berlin.

Das große Vorbild für viele Goldman-Mitarbeiter aber ist Robert Rubin, die graue Eminenz der US-Geldelite. Der ehemalige Bankchef und spätere Finanzminister hat ein Leben lang zwischen Wall Street und der Hauptstadt Washington gependelt.

Goldman Sachs ist „eine politische Organisation, die sich als Investmentbank tarnt“, sagt Christopher Whalen, Geschäftsführender Direktor von Institutional Risk Analytics. Auch Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz kritisiert die auffällig enge Verflechtung: „Amerika hat eine Drehtür. Die Leute gehen von der Wall Street ins Finanzministerium und zurück. Das prägt das Denken.“

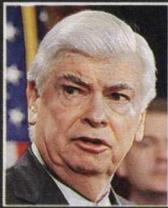
In Obamas Washington hat sich daran wenig geändert. Im Finanzministerium

Beste Beziehungen Verflechtungen von Finanzsektor und Politik in den USA



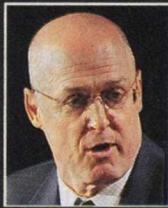
JACOB SILBERBERG
POLARIS / STUDIO X

Robert Rubin
früher Vorstandschef
von Goldman Sachs
und Verwaltungsrat
der Citigroup
1995 – 1999
US-Finanzminister



CHIP SOMDEVILLA / GETTY IMAGES

Christopher Dodd
sammelte über
13 Mio. \$ Wahlkampf-
spenden aus dem
Finanzsektor ein
Vorsitzender des
Bankenausschusses
im US-Senat



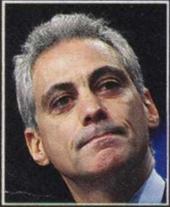
TIM SLOAN / AFP

Henry Paulson
früher Vorstandschef
von Goldman Sachs
2006 – 2009
US-Finanzminister



STAN HONDA / AFP

Joshua Bolten
früher Direktor
bei Goldman Sachs
London
2006 – 2009
Stabschef im
Weißen Haus



WIN MCNAMEE / GETTY IMAGES

Rahm Emanuel
wurde bei der
Investmentbank
Wasserstein Perella
zum Millionär
heute Stabschef im
Weißen Haus



MARK WILSON / GETTY IMAGES

Lawrence Summers
verdiente 2007/08
beim Hedgefonds
D. E. Shaw 5,2 Mio. \$
1999 – 2001
US-Finanzminister,
heute Wirtschafts-
berater des
Präsidenten



RAY STUBBLEINE / REUTERS

Jon Corzine
früher Vorstandschef
von Goldman Sachs
seit 2006
Gouverneur von
New Jersey



BROOKS KRAFT / CORBIS

Gene Sperling
Beraterhonorare
im Jahr 2008: allein
von Goldman Sachs
fast 900 000 \$
heute Berater im
US-Finanz-
ministerium



RENE SPÄLEK / BILDZBERG

verrichtet“

herrscht heute Timothy Geithner, auch er ein Rubin-Schüler. Der aktuelle Stabschef von Geithner, Mark Patterson, ist ein ehemaliger Goldman-Sachs-Mitarbeiter. Er war bis vor dem Wahlsieg Obamas Washington-Lobbyist der Investmentbank.

Als der Versicherungskonzern AIG vor dem Kollaps stand und die Regierung mit 85 Milliarden Dollar einsprang, suchte das Finanzministerium einen neuen Boss für den Mega-Versicherungskonzern. Die Wahl fiel auf Edward Liddy – zuvor bei Goldman Sachs im Verwaltungsrat.

Selbst der neue Direktor der amerikanischen Börsenaufsicht, Adam Storch, kommt von Goldman Sachs. Bis vor sechs Wochen arbeitete er in der Risikouberwachung der Investmentbank.

Die engsten Mitarbeiter des Präsidenten kennen ebenfalls die Vorzüge der Bankenk Welt, die in der Vergangenheit vor allem dann bereitstand, wenn die politische Karriere in der Sackgasse steckte.

Als Obamas heutiger Stabschef Rahm Emanuel ein paar Jahre überbrücken musste, bevor er für das Repräsentantenhaus kandidierte, heuerte er bei der Investmentfirma Wasserstein Perella & Co. an. Das Intermezzo machte ihn zum Millionär.

Gene Sperling, derzeit hochrangiger Berater im US-Finanzministerium, sammelte allein vergangenes Jahr 887 727 Dollar von Goldman Sachs ein – für „Beratung“, zum Beispiel darüber, wie die Bank armen Frauen auf der Welt mit Spenden helfen kann. 158 000 Dollar kassierte er für Reden von anderen Finanzfirmen, etwa der Citigroup.

Obama-Berater Summers erhielt 2007 und 2008 vom Hedgefonds D. E. Shaw Vergütungen von insgesamt 5,2 Millionen Dollar. Summers' Arbeitszeit: ein Tag pro Woche.

Das ließ dem Mann, der nun maßgeblich für Wohl und Wehe der Wall Street ver-

antwortlich ist, viel Zeit für Reden – beispielsweise an der Wall Street: JPMorgan Chase, Citigroup, Goldman Sachs, Lehman Brothers und Merrill Lynch entlohnten ihn dafür im Jahr vor Antritt der Regierung Obama mit 2,7 Millionen Dollar. Allein ein Auftritt bei Goldman Sachs im April brachte Summers 135 000 Dollar als Honorar ein.

Die Bankbosse stoßen in den für sie wichtigen Ministerien und im Weißen Haus dank ihrer Landschaftspflege immer auf alte Bekannte – und auf offene Ohren. Seit seinem Amtsantritt hat Finanzminister Geithner mehr als 80-mal mit Bankgroßen telefoniert oder konferiert, wie sein veröffentlichter Terminkalender ausweist.

22-mal sprach er allein mit dem Goldman-Sachs-Chef Blankfein. An einem hektischen Abend im Mai rief Geithner erst Blankfein an, dann James Dimon, Boss von JPMorgan Chase. Zwischendurch telefonierte er mit Obama, danach wieder mit Dimon.

Zwischendurch meldete sich Xavier Becerra, ein demokratischer Abgeordneter, der im wichtigen Budgetausschuss des Repräsentantenhauses sitzt. Der Parlamentarier wurde nicht durchgestellt. Er hinterließ eine Nachricht.

Wenn man die USA mit der gleichen analytischen Kühle wie Russland betrachten würde, sagt James Galbraith, Sohn des legendären Kennedy-Beraters John Kenneth Galbraith, würde man nicht umhinkommen, von der Herrschaft eines Oligopol aus Politikern und Bankern zu sprechen. Die Mächtigen an der Wall Street und in Washington seien nicht weniger eng verflochten als Premier Wladimir Putin und die Magnaten des russischen Rohstoffimperiums.

Gerade deshalb hatten viele in Europa auf eine einvernehmliche Lösung gesetzt. Nähe kann auch hilfreich sein. Weil Staat und Firmen auf eine funktionierende Finanzwirtschaft angewiesen sind, hätte man sich eine Reform des Geldwesens vorstellen können.

Zunächst sah es sogar so aus, als sei die Zeit der Nachdenklichkeit gekommen. IWF-Chef Strauss-Kahn erinnert sich noch an ein Abendessen auf Einladung des damaligen US-Finanzministers Henry Paulson. Die Investmentbank Lehman Brothers lebte noch, aber Bear Stearns atmte schon flach. Da meldete sich einer der Top-Banker der Wall Street zu Wort: „Herr Finanzminister, wir sind zu gierig gewesen. Deswegen brauchen wir strengere Regeln, um unsere Gier zu zähmen.“

Aber das ist nun auch schon wieder mehr als zwölf Monate her und damit eine Ewigkeit. Das erste Opfer der neuen Spekulationswelle war die Nachdenklichkeit.

CHRISTOPH PAULY, WOLFGANG REUTER,
GREGOR PETER SCHMITZ, THOMAS SCHULZ,
GABOR STEINGART, WIELAND WAGNER

„Geld ist kein Produkt“

Der Schweizer Schriftsteller Martin Suter über Verhaltensmuster von Top-Managern, die Pervertierung der Finanzmärkte, die Rolle der Frauen in der Business-Class und sein Leben nach dem tragischen Tod seines dreijährigen Sohnes

Tilg 40000
240000

X

SPIEGEL: Herr Suter, sind Banker und andere Top-Manager auch nur Menschen?

Suter: Natürlich. Sie können menschliche Makel nur ein bisschen besser ausleben. Und manchmal wird das sehr teuer, wie man zurzeit besichtigen kann.

SPIEGEL: Wer Ihre „Business Class“-Kolumnen gelesen hat, kann den Eindruck gewinnen, dass Sie die wahren Ursachen der Wirtschaftskrise beschrieben haben, lange bevor die ausbrach.

Suter: Vielleicht sieht das jetzt so aus. Eigentlich wollte ich ja nur kleine Dramolette aus der persönlichen Welt der Manager schreiben. Aber wenn man sich ein bisschen mit der Psyche des Managers befasst, verliert man schnell den Glauben an die freiwillige Selbstbeschränkung der Unternehmen und die selbstregulierenden Kräfte der Märkte. Das Versagen dieser Kräfte ist letztlich der Grund für den Schlamassel, in dem wir stecken.

SPIEGEL: Geht es in den Vorstandsetagen wirklich nur um Statusgier, Boni-Fixierung, Geld, Macht und Karriere?

Suter: Es wäre nicht sonderlich spannend, die zu beschreiben, die alles richtig machen und die es zweifelsohne gibt. Aber die dominieren nicht. Das Selbstverständnis des Managers hat sich in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend verändert. Eigentlich müsste es Führungskräften doch darum gehen, gute Produkte herzustellen. Aber das Wohlergehen des Unternehmens wurde für sie mehr und mehr zum Abfallprodukt ihrer Karrierebestrebungen. Als eigentlicher Leistungsausweis des Managers gilt nun seine Karriere.

SPIEGEL: Zu dieser Entwicklung gehört auch eine Gesellschaft, die derlei erlaubt, befördert und belohnt.

Suter: Und diese Gesellschaft ist eingebunden, seit der Shareholder-Value seinen Siegeszug begann. Er führte dazu, dass das wichtigste „Produkt“ vieler Unternehmen heute deren Gewinn ist.

SPIEGEL: Eine Firma ohne Profit kann nun mal nicht überleben.

Suter: Völlig richtig. Aber das Missverständnis begann damit, dass man schnellen Gewinn nur mit Restrukturierungen und Jobabbau zu erreichen glaubte. Entsprechend wurden jene Sanierer zu Stars, die wie Söldner kamen und gingen. Denen fallen Einschnitte leicht, weil sie keinerlei emotionale Bindung zum Unternehmen haben.



THOMAS TUMA / DER SPIEGEL

Martin Suter

hat filigran wie kein anderer Autor Verhaltensmuster und Überlebensstrategien von Managern beschrieben. „Business Class“ heißen seine über 700 Kolumnen, die zunächst in der „Weltwoche“ und im „Tages-Anzeiger“ erschienen und heute zum Großteil gebunden im Diogenes Verlag erhältlich sind. Der gebürtige Zürcher Suter, 61, war lange in der Schweiz als Werber erfolgreich. Seit Anfang der neunziger Jahre konzentriert er sich ganz auf seine Arbeit als Autor. Mit seiner Frau lebt er in Zürich, auf Ibiza und in Guatemala, wo das Paar vor drei Jahren zwei Kinder adoptiert hat. Der kleine Antonio starb kürzlich bei einem Unfall. Suters neuer Roman „Der Koch“ erscheint Ende Januar.

Dieses Phänomen wurde durch die Popularisierung des Aktienbesitzes noch befeuert. Alle wollten plötzlich Anteilsscheine.

SPIEGEL: Es ist doch gut, den Kreis der Profiteure zu verbreitern ...

Suter: ... wurde auf eine Art aber pervers.

SPIEGEL: Inwiefern?

Suter: Auch Arbeiter begannen, Aktien zu kaufen von Unternehmen, die ihren Wert dadurch steigerten, dass andere Arbeiter entlassen wurden – oder sogar sie selbst. Mittlerweile wurde das Geschäft nur anonymisiert, indem die Arbeiter ihre Ersparnisse zum Beispiel einem Fonds anvertrauen. Hinzu kommt, dass in den Vorstandsetagen heute nicht mehr gilt: Wer gut ist, verdient viel. Sondern: Wer viel verdient, ist gut.

SPIEGEL: Sie meinen, dass Gagen zum Selbstzweck geworden sind?

Suter: Schlimmer noch, sie sind eine Prestigefrage geworden, nicht nur für die Führungskraft, sondern auch für die Firma, die damit zeigt, dass sie sich diesen Manager leisten kann. Banken sagen heute sehr gern, sie müssten ihre atemberaubenden Boni schon deshalb zahlen, weil Konkurrenten ihnen sonst die Top-Leute abjagen. Wie ersetzlich diese Top-Leute waren, sehen wir jetzt.

SPIEGEL: Sie meinen, eine Bank sollte einfach mal andere Maßstäbe bei der Rekrutierung anlegen?

Suter: Unbedingt. Denn wohin die bisherigen führen, hat man in der aktuellen Weltwirtschaftskrise gesehen. Geldinstitute und Wall Street haben nicht allzu viel dazu beigetragen, dass es dem System gutgeht. Am Ende hat es der verhasste Staat richten müssen.

SPIEGEL: Halten Sie Boni grundsätzlich für schlecht?

Suter: Ich habe nichts dagegen, wenn jemand für einen guten Job viel verdient. Aber wenn er in einem Jahr 30 Millionen Euro bekommt, muss er sein Leben lang eigentlich nicht mehr arbeiten – egal, wie gut oder schlecht er war. Er geht kein Risiko ein. Die Unterschiede in Qualifikation und Leistung dürften dagegen allenfalls marginal sein, ob jemand solche Summen verdient oder „nur“ 800.000 Euro.

SPIEGEL: Dann müssten sich Firmen insgesamt vom Gewinnstreben verabschieden.

Suter: Nein, sie müssten nur ihre Prioritäten ändern. Erstes Ziel müsste sein – es klingt altmodisch, deswegen formuliere ich



RICHARD B. LEVINE / NEWS.COM / SIPA

New Yorker Wall Street im September 2008: „Am Ende hat es der verhasste Staat richten müssen“

es auch altmodisch –, möglichst viele Menschen in Brot und Arbeit zu halten. Unternehmer können sich schlechter aus der Verantwortung schleichen als Manager. Sie können ein Vermögen verlieren, wenn es ihrer Firma schlechtgeht. Manager verdienen dagegen immer. Und es gibt eine Menge unanständiger Tricks, ein Unternehmen kurzfristig gut aussehen zu lassen für Analysten und Aktionäre.

SPIEGEL: Gutes Management ist auch eine Sache der eigenen Erziehung?

Suter: Und damit eine ethische, ja. Ich will nicht sagen, dass früher alles besser war. Aber in vielen Kulturen wusste wenigstens ein Teil der Elite, dass ihr Reichtum auch Verantwortung gegenüber dem Rest der Gesellschaft bedeutet. Dieses Bewusstsein gibt es sicher noch bei manchen Erben alter Vermögen. Die zahlen noch dort Steuern, wo sie leben, und fördern kulturelle oder soziale Anliegen. Manager der heutigen Generation ziehen dagegen in die Steueroasen der Schweiz. Nur um ein wenig Geld zu sparen, nehmen sie es in Kauf, in den Reichtumsetzten der Provinz ein Spießleben zu führen.

SPIEGEL: Es ist demnach auch eine soziale Herausforderung, viel Geld zu verdienen?

Suter: Natürlich. Aber die wenigsten sind ihr gewachsen. Sie benehmen sich wie euro-

päische Pauschaltouristen in der Dritten Welt: Plötzlich gehören sie zu den Reichen und haben keine Ahnung, wie man sich als solche benimmt.

SPIEGEL: Wert und Werte sind merkwürdig abstrakt und virtuell geworden: Reichtum, Moral, Boni, selbst die jetzt auflaufenden Milliardenverluste.

Suter: Schon lange leben Manager vom Lohn anderer Leute Arbeit. Weil selbst das irgendwann nicht mehr lukrativ genug war, begann man, auch von den möglichen Verlusten der anderen zu leben.

SPIEGEL: So begann die aktuelle Krise damit, dass armen Amerikanern Hauskredite angedreht wurden, die sie sich gar nicht leisten konnten. Sind Banker noch mal eine besondere Kaste von Managern?

Suter: Ich glaube, der ständige Umgang mit diesen astronomischen Summen trübte den Blick der Vermögensberater, Analysten und Investmentbanker für die Realität und ließ sie die Tuchfühlung mit den kleinen Leuten verlieren und vergessen, wie eng deren Schicksal eben doch mit ihrem eigenen verknüpft ist.

SPIEGEL: Sie waren mit Mitte zwanzig in der Schweiz ein Werbestar. Ist Reklame nicht genauso verlogen wie die Finanzbranche?

Suter: Werbung für die Finanzbranche muss es ja geradezu sein. Die Schweizer

Kantonalbanken machen eine Kampagne mit dem Slogan: „Geld macht glücklich“. Dazu werden fröhliche Menschen gezeigt. Wahrscheinlich hat im deutschsprachigen Raum jeder Texter, der an einer Bankenkampagne arbeitete, schon mal mit diesem Satz gespielt. Aber meist sagte doch jemand rechtzeitig: Spinnst du?! Dass solche Selbstkontrollmechanismen heute versagen, sagt viel über den Zustand dieser Branchen aus.

SPIEGEL: Ist Ihnen an Ihrer eigenen Vergangenheit als Werber heute etwas peinlich?

Suter: Manche Sprüche schon, die ich einst aus purer Freude an der Formulierung niederschrieb. Einen hat Max Frisch zu Recht angeprangert: „Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten. Sie arbeiten schließlich auch für Ihr Geld.“

SPIEGEL: Solche Sprüche führten letztlich in die Krise.

Suter: Ich fürchte, Sie haben recht. Damals fand ich den Spruch toll, auch wenn der Fonds, für den er warb, nie mehr seinen Ausgabepreis erreichte. Natürlich hatte Frisch recht, dass niemand Geld für sich arbeiten lässt. Es arbeiten immer Menschen.

SPIEGEL: Wie waren Sie selbst als Chef?

Suter: Weich. Ich war nicht unbeliebt und deshalb wohl nicht sonderlich erfolg-

reich. Ich stellte immer lieber Leute ein, als dass ich sie entließ.

SPIEGEL: Viele Manager wurden trotz gewaltiger Pleiten mit großen Abfindungen verabschiedet. Andererseits werden in jüngster Vergangenheit immer wieder Kassiererinnen oder Putzfrauen wegen winziger Diebstähle entlassen. Warum begehrt die Gesellschaft trotz solcher offenkundigen Diskrepanzen nicht auf?

Suter: Einerseits sind sich viele Menschen ihrer Machtlosigkeit bewusst. Andererseits gibt es in uns allen den Traum, mal zu den Gewinnern zu gehören. In der Schweiz und übrigens auch in Deutschland stimmten die Leute zuletzt so ab, als wären sie reich.

SPIEGEL: Weil sie konservativ-liberal wählen?

Suter: Ich denke schon. Damit versuchen sie, die Ferienvillen im Tessin zu retten, die sie irgendwann zu besitzen hoffen.

SPIEGEL: Demnach wählen nur noch desillusionierte Realisten links?

Suter: Der Linken fehlen die Rezepte. Stattdessen versucht sie sich anzupassen. Aber in der Mitte ist das Gedränge zu groß.

SPIEGEL: In der von Ihnen beschriebenen Managerwelt tauchen Frauen meist nur als Sekretärinnen, Gattinnen oder Geliebte auf. Könnte man eine Krise wie jetzt vermeiden, wenn mehr Frauen in Führungspositionen wären?

Suter: Eine heikle Frage. Bislang war es meist so, dass Frauen es nur dann nach ganz oben geschafft haben, wenn sie die gleichen Verhaltensmuster wie ihre männlichen Kollegen kultivierten. Sie können sogar härter sein.

SPIEGEL: Also sind wieder die Männer schuld?

Suter: Ich weiß es ehrlich nicht. Frauen wären jedenfalls im Geschäftsleben auch eine ungeheure Bereicherung, wenn sie das eigene Wesen eher zuließen. Meine Hoffnung wäre, dass es Frauen dann doch eher um die Sache als ihr Ego ginge. Dann blieben uns viele Hahnenkämpfe erspart.

SPIEGEL: Sind Männer der Steinzeit noch so nah?

„HEUTE GILT NICHT MEHR: WER GUT IST, VERDIENT VIEL. SONDERN: WER VIEL VERDIENT, IST GUT.“

Suter: Auf gewissen Gebieten schon. Auch in der Frage: Wer hat die schönste Frau?

SPIEGEL: In Ihrer „Business Class“ findet die Liebe doch kaum statt.

Suter: Liebe und alles, was wir dafür halten, spiegelt sich ja nicht nur in Ehen, Ehekrise, Seitensprüngen oder Eifersucht. Vieles, was Männer auch im Geschäftsleben tun, tun sie, um damit – direkt oder indirekt – Frauen zu beeindrucken. Deshalb haben die Frauen, auch wenn sie das nicht gern hören, einen großen Anteil an dieser Geschäftswelt, ohne aktiv dazu beizutragen. Sie sind für vieles das Motiv – auch für Geldgier und Rücksichtslosigkeit.

SPIEGEL: Klingt schwer nach Komplizinnen.

Suter: Und zugleich sind sie die Prinzessinnen auf den Drehbühnen dieser Ritterspiele. Es kommt darauf an, bei wem und wann sie ihr Taschentuch fallen lassen.

SPIEGEL: In diesem Welttheater spielten sich in den vergangenen zwei Jahren menschliche Dramen ab. Viele Top-Manager galten vorher als unnahbar und schon deshalb auch unverwundbar. Wie haben

Sie zum Beispiel den Milliardenbetrüger Bernard Madoff erlebt?

Suter: Er ist unglaublich bezeichnend für diese Krise und die Virtualität dieser Wirtschaft, der wir alle aufgefressen sind. Madoff zahlte Gewinne mit noch nicht verdientem Geld aus – wie viele Banken auch, einfach noch unverfrorener. Und wie die Finanzwirtschaft, die von den Staaten ja ebenfalls mit unverdientem Geld verarztet wird.

SPIEGEL: Der schwäbische Milliardär Adolf Merckle warf sich vor einen Zug ...

Suter: ... was meine These stützt, dass sich Unternehmer eben doch verantwortlicher fühlen als angestellte Manager. Herr



Protest gegen Kapitalismusauswüchse im März in Berlin: „Die Zukunft ist eigentlich schon

Merckle hat mit Börsenspekulationen sein Lebenswerk aufs Spiel gesetzt und sich wohl auf ein Gebiet begeben, dem nicht nur er nicht gewachsen war. Er hat wahrscheinlich die Finanzprodukte, mit denen er spekuliert hat, so wenig verstanden wie die Leute, die sie ihm verkauften. Ich glaube, dass ich bei „Wetten, dass ...?“ jede Saalwette gewinnen würde, wenn Thomas Gottschalk zehn solcher Derivate-Händler aufreiben müsste, die ihre Produkte wirklich erklären können.

SPIEGEL: Mit Derivaten und strukturierten Wertpapieren konnte man wunderbar Risiken verstecken.

Suter: Und für dieses Geschäft fehlt mir bis heute das Verständnis. Wenn Sie eine schlecht gewordene Fleischbrühe mit einer frischen mischen, ist die Gesamtheit wieder schlecht. Bei diesen verpackten Krediten heißt es dagegen bis heute, das sei eine gute Sache.

SPIEGEL: Wie finden Sie Ihren Landsmann, Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann?

Suter: Er glaubt halt noch immer an Shareholder-Value und das Bonussystem und ist dadurch nicht unschuldig am ganzen Schlamm. Es kommt dazu, dass er einmal gesagt hat, Männer mit Offiziersausbildung seien die besseren Manager. Eine sehr bedenkliche These, an die nicht einmal mehr



HERMANN BREDEHORST / POLARIS / LAIF

ausbezahlt worden“

die Schweizer Wirtschaft glaubt. Dennoch macht er seine Sache bisher recht gut, finde ich.

SPIEGEL: Inwiefern?

Suter: Er lehnt staatliche Hilfen für sein Institut ab. Darin ist Ackermann wenigstens konsequent, wenn ich sehe, wie schnell sich viele andere unter die schützenden Röcke des Staates flüchteten. Immerhin sagt er nicht, was kümmert mich mein Geschwätz von gestern. Indirekt profitiert natürlich auch die Deutsche Bank von den Hilfen, die bei den anderen landen.

SPIEGEL: Eine wichtige Rolle in der Krise spielten die Großbanken Credit Suisse und UBS Ihrer Schweizer Heimat. Was bedeutet deren Straucheln für die nationale Identität der Eidgenossen?

Suter: Die leidet schon lange. Die Affäre um die Holocaust-Gelder, der Niedergang der Swissair, die Rosinenpickerei in der Frage der Europäischen Union, die aktive Beihilfe zur Steuerhinterziehung, der Versuch, Minarette zu verbieten, die übereifrige Verhaftung des zu einer offiziellen Ehrung eingeladenen Regisseurs Roman Polanski – das alles hat schlimme Folgen für das Image der Schweiz. Stellen Sie sich vor, sie wird als direkter Nachbar von

Deutschland nicht einmal zur 20-Jahr-Feier des Mauerfalls eingeladen. Aber jetzt bietet sich dem Land die Chance, etwas für dieses beschädigte Image zu tun: indem die Schweizer am 29. November ja sagen zum Verbot von Waffenexporten.

SPIEGEL: Hat sich die Schweiz zu sehr übers Geld definiert und über ihre Rolle als dessen globale Verwalterin?

Suter: Es ist nun mal ihr einziger Rohstoff. Die Schweiz lebt von Dienstleistung. Auch die ist letztlich etwas Abstraktes wie die Finanzprodukte, die ja schon als Begriff unsinnig sind: Es gibt Geld, und es gibt Produkte. Aber Geld ist doch kein Produkt – so wenig wie die Systeme, es zu verdienen. Das muss aus den Köpfen raus! Ein Staubsauger ist ein Produkt, ein Mixer, ein Anzug. Und ebenso sollte auch das Produkt der Arbeit eines Managers nicht Geld sein.

SPIEGEL: Was ist an Ihnen eigentlich typisch schweizerisch?

Suter: Dass ich im Ausland lebe.

SPIEGEL: Sie haben Häuser in Guatemala, hier auf Ibiza und in Zürich. Wollen Sie jetzt im Alter wieder zurückkehren?

Suter: Der Plan reift in mir und meiner Frau, ja. Man wird älter und ist froh, wenn man seine Familie oder ein gutes Krankenhaus in der Nähe weiß. Wir denken über eine Rückkehr nach Zürich nach, seit wir vor drei Jahren unsere beiden Kinder adoptiert haben, denen wir auch eine gute Ausbildung bieten wollten. Letztlich ist man aber nirgends sicher.

SPIEGEL: Sie spielen auf einen tragischen Unglücksfall an: Vor drei Monaten erstickte Ihr dreijähriger Sohn in Zürich beim Mittagessen an einem Stück Würstchen.

Suter: Sein Tod hat alles verändert. Die Lebensfreude, die Unbeschwertheit von früher sind weg. Ich muss jeden Tag neu mit den Gedanken an diesen Tod aufstehen und zu Bett gehen. Und ich kann ihn nur für kurze Zeit verdrängen. Es heißt, das Leben gehe weiter. Aber das stimmt nicht. Man tut nur so, als ginge es weiter. In Wahrheit kreist es um sich selbst und den immer gleichen Moment.

SPIEGEL: Sie müssen nicht darüber reden.

Suter: Es wäre seltsam, das Thema auszuklammern, als wäre nichts geschehen. Dieser Schicksalsschlag gehört von nun an eben auch zu mir. Die meisten Medien haben bis jetzt Fingerspitzengefühl und menschlichen Anstand bewiesen. Außer



THOMAS TUMA / DER SPIEGEL

Suter, SPIEGEL-Redakteur*

„Ich wäre gern ein gläubiger Mensch“

natürlich die notorischen journalistischen Grabplünderer des Verlagshauses Ringier, die nicht einmal davor zurückschreckten, ein Erinnerungsfoto meines Kindes auf dem Friedhof abzugreifen.

SPIEGEL: Hilft Ihnen Ihr Glaube?

Suter: Ein Pater vom Kloster Einsiedeln hat die Abdankung für Toni gemacht. Das war sehr würdevoll. Ich wollte die alten Rituale nicht neu erfinden – mit Gottfried-Benn-Gedicht und atonalem Saxofon. Ich wäre gern ein gläubiger Mensch. Jahrelang habe ich daran gearbeitet. Aber die gemachten Fortschritte haben unter der Tragödie gelitten. Meine Großmutter lebte einen sehr kindlichen Glauben. Ich fand das immer beneidenswert. Diese Gabe habe ich leider nicht. Meine Frau und ich müssen erst mal einen Weg finden, gemeinsam zu trauern. Es ist bisher eine oft sehr einsame Sache für uns beide.

SPIEGEL: Ihr zweites Kind braucht Sie jetzt umso mehr.

Suter: Ana – sie ist etwas über drei, so alt, wie ihr Bruder war – lässt keinen Tag aus, ohne ein paar Mal über ihn zu sprechen. Ohne sie wüsste ich gar nicht, wie alles weitergehen sollte. Sie hält uns auf Trab. Ihr gegenüber wäre es unfair, wenn wir uns jetzt gehenließen.

SPIEGEL: Konnten Sie angesichts der Tragödie die Arbeit an Ihrem neuen Buch überhaupt zu Ende bringen?

Suter: Mein aktueller Roman war schon weitgehend fertig, als das Unglück geschah, und kann deshalb pünktlich Ende Januar erscheinen. „Der Koch“ erzählt die Geschichte eines tamilischen Hilfskochs in der Schweiz. Auch das spielt vor der Kulisse der Finanzkrise.

SPIEGEL: Haben Sie selbst eigentlich einen Vermögensberater?

Suter: Nein. Was ich verdiene, geht weg für Angestellte, Lebenshaltung, Reisen, Zinszahlungen. Ich habe kein Barvermögen.

SPIEGEL: Welche Bedeutung hat Geld für Sie?

Suter: Keine symbolische. Ich habe es bislang immer ausgegeben. Vermögensbildung war für uns gleichbedeutend mit dem Bau oder Kauf von Immobilien, hier auf Ibiza, in Guatemala oder auch in Zürich. Aktien habe ich nie besessen. Deshalb habe ich damit nun auch kein Geld verloren.

SPIEGEL: Wird sich nach dieser Krise etwas ändern?

Suter: Ist sie denn schon zu Ende? Ich halte das wahre Ausmaß noch immer für schaumgedämpft durch viele staatliche Maßnahmen. Die Regierungen mussten viel Geld investieren, das es eigentlich gar nicht gibt. Schulden werden mit Schulden bezahlt. Von diesem nichtexistenten Geld hat auch die Wirtschaft schon gelebt. Die Zukunft ist eigentlich schon ausbezahlt worden.

SPIEGEL: Herr Suter, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Thomas Tuma auf Suters Anwesen auf Ibiza.